

Frauen / Öffentliche Sicherheit / Frieden

Rat ö 22.05.2012

TOP: Ö 4.6

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#)

Beschlussart: geändert beschlossen

Datum: Di, [22.05.2012](#)

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:10 - 22:10

Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

[VO/2012/1003 Zwangsprostitution](#)

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag

: CDU-Fraktion

Beratungsverlauf:

Herr Dr. E. h. Brickwedde begründet namens der CDU-Fraktion den Antrag unter Hinweis und unter Erläuterung der Einzelheiten der schriftlich vorliegenden Begründung. Der Antrag der CDU-Fraktion solle dazu dienen, öffentliches Bewusstsein für das Ausmaß und die Problematik der Zwangsprostitution zu wecken. Er verweist darauf, dass es in Deutschland 400.000 Prostituierte gebe, von denen 2/3 aus Ländern Osteuropas stammen und deren Mehrheit sich nicht freiwillig in Deutschland aufhalte. Er nimmt Bezug auf die Berichterstattung eines Fernsehmagazins, die u.a. auf die Situation in Osnabrück abgestellt habe. Er ruft dazu auf, sich mit dem Schicksal der Betroffenen und der Frage auseinanderzusetzen, wie diesen geholfen werden könne. Hierfür sollten sämtliche staatlichen Möglichkeiten genutzt werden. Er verweist auf das Problem der unterschiedlichen rechtlichen Situation in den verschiedenen europäischen Staaten. Gemeinsam sollten die zuständigen Ausschüsse einen Bericht der Verwaltung darüber erhalten, was in Osnabrück bereits zu dem Thema geschehe.

Herr Wurm bekräftigt die kritischen Ausführungen von Herrn Dr. E. h. Brickwedde und bezeichnet die derzeitigen Zustände ebenfalls als Skandal. Er stellt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass die in dem Antragswortlaut enthaltene Resolution uneingeschränkt unterstützt werde; da jedoch nicht nur Mädchen und Frauen zur Prostitution gezwungen werden und diese nicht nur aus Osteuropa stammen, spricht er sich dafür aus, den Satz hinter „Menschenhandel“ zu beenden. Er verweist auf den gesetzlichen Unterschied in Schweden, wo die Taten der Freier unter Strafe gestellt seien. Er berichtet darüber, dass im Sozialausschuss von einer Vertreterin des Vereins SOLWODI, der sich um Zwangsprostituierte kümmere, berichtet wurde.

Frau Kamp macht namens der SPD-Fraktion deutlich, dass ausweislich der Kriminalstatistik die Fälle von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Osnabrück rückläufig seien, obwohl auch sie mit Entsetzen die entsprechende Fernsehberichterstattung zur Kenntnis genommen habe. Sie spricht sich nachdrücklich dafür aus, das Problem in den zuständigen Ausschüssen zu behandeln und sich von den Führungskräften der Polizei zu diesem Thema ein Lagebild vermitteln zu lassen. Daraufhin könnte dann adäquat reagiert werden.

Herr Dr. Thiele dankt ebenso wie Herr Wurm zuvor den Antragstellern dafür, dass das Thema heute in öffentlicher Ratssitzung problematisiert werde. Er bezeichnet die einzelnen Aspekte der Problematik als sehr komplex und fordert, diese genau zu hinterfragen. Er fordert einen weiteren offensiven Umgang mit dem Thema.

Herr Cheeseman spricht sich ebenfalls nachdrücklich für die Annahme des Antrages aus und beleuchtet die unterschiedlichen Aspekte der Problematik. Er verweist darauf, dass in Ermangelung eigener Bleiberechte viele der Prostituierten ohne persönliche Perspektive seien. Er ruft dazu auf, dieses Problem auf Bundesebene zu regeln.

Frau Stadträtin Rzycki äußert ebenfalls ihre Zustimmung zu der Behandlung der Angelegenheit in öffentlicher Ratssitzung. Sie verweist auf die Veranstaltungen im Rahmen des Themenjahres „Würde“ anlässlich der Wiedereröffnung des Nussbaum-Hauses, in dessen Rahmen es eine sehr große Veranstaltung zu diesem Themenkomplex unter Beteiligung der Polizei, Staatsanwaltschaft sowie mehrerer Vereine, die auf dem Gebiet arbeiten, gegeben habe. Auch sie spricht sich nachdrücklich dafür aus, in den Fachausschüssen über die vorhandenen Maßnahmeansätze zu berichten und anschließend weitere Maßnahmen dort zu diskutieren. Sie schlägt vor, sowohl in die Vorbereitung der entsprechenden Ausschussberatungen, wie auch in die Diskussion dort die Vertreter der Polizei und Staatsanwaltschaft einzubeziehen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde dankt ausdrücklich für die engagierte Debatte zu dem wichtigen Thema. Er verweist Herrn Cheeseman in seiner Argumentation nach fehlenden Bleiberechtsregelungen darauf, dass dies Problem für Menschen aus EU-Staaten nicht bestehe.

Abweichender Beschluss gemäß mündlich geändertem Ursprungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat der Stadt Osnabrück verurteilt jede Form von Zwangsprostitution und Menschenhandel ~~mit Mädchen und Frauen aus Osteuropa~~. Er bittet die Verwaltung, gemeinsam mit der Polizei zum nächst möglichen Zeitpunkt dem Sozialausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung einen Bericht über Zwangsprostitution in Osnabrück zu geben. Insbesondere soll dargestellt werden, ob dieses Thema in Osnabrück eine größere Rolle als in anderen Städten spielt, wie durch die Fernsehberichte als Eindruck entstand. Dargestellt werden soll auch, was die Stadtverwaltung und Polizei gegen Zwangsprostitution in Osnabrück unternimmt und ob zusätzliche Maßnahmen als möglich angesehen werden. Ebenfalls soll berichtet werden über Erfahrungen mit den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes von 2002 (Legalisierung der Prostitution). Das betrifft u. a. Fragen der Hygiene und Gesundheit, die Ausbeutung durch Mietwucher sowie die Erfüllung der Steuerpflicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **beschlossen**.